

Schluß mit der Kasinowirtschaft!

BüSo in die Stadtverordnetenversammlung!

Hochst, Didier, Glyco, Linde, Dyckerhoff — die Liste der Unternehmen, deren Namen aus Wiesbadens Industrielandschaft verschwunden sind oder zu verschwinden drohen, wird immer länger. Mit 12,1 % liegt die Arbeitslosenrate in Wiesbaden deutlich höher als in Hessen (9,4 %) und bundesweit (9,5 %). Hinter der glänzenden Fassade des scheinbaren Wohlstands der Kur- und Kasinostadt lebt eine wachsende Zahl von Armen.

Wir brauchen einen Wiederaufbau wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wurde mit dem Bretton-Woods-Abkommen von 1944 ein neues, solides Weltfinanzsystem geschaffen. Die unbezahlbaren Schulden wurden reorganisiert und zum großen Teil gestrichen. Mit dem Marshallplan wurde ein Kreditsystem geschaffen, das die Finanzierung sinnvoller Investitionen sicherte. Ergebnis war das „Wirtschaftswunder“.

Das könnten wir heute auch, es ist genug zu tun: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland beträgt der Investitionsrückstau rund 1 000 Mrd. Euro. Der Bau eines Magnetbahnnetzes würde Millionen neuer, hochqualifizierter Arbeitsplätze schaffen. Wollen wir statt Benzin Wasserstoff als Treibstoff für unsere Autos nutzen, müssen Hunderte neuer Kraftwerke gebaut werden, um den dafür notwendigen Strom zu erzeugen. Auch das wäre Arbeit für Millionen Menschen.

Was hindert uns?

Da sind zum einen gewisse Denkblockaden: Politiker und auch viele Bürger haben sich an den Gedanken gewöhnt, daß die Industriegesellschaft etwas „von gestern“ sei – sofern sie sie nicht – wie die Grünen – zum Feind erklärt haben und „rückbauen“ wollen!

Das größere Hindernis sind jene, die durch die Globalisierung geopolitische Ziele erreichen wollen. Nicht zum erstenmal in der Geschichte kommt mit der Wirtschaftskrise der Krieg Hand in Hand. Mit den gleichen Lügen wie vor dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak wird ein neuer Krieg, diesmal gegen den Iran, vorbereitet. Der sog. „Krieg gegen den Terror“ ist als „100jähriger Krieg“ geplant, als dauernder Ausnahmezustand, um so die sozialen Proteste gegen Globalisierungseffekte wie Sozialabbau, Lohndumping und Massenarbeitslosigkeit zu unterdrücken.

Aber Globalisierung, Kasinowirtschaft und Dauerkrieg sind kein unabänderliches Schicksal. Die derzeitige Revolte im US-Kongreß gegen Bush und Vizepräsident Cheney könnte zu einem Amtsenthebungsverfahren führen. Wichtig ist, daß die Bundesbürger ihr wichtigstes strategisches Interesse erkennen und dafür aktiv eintreten: die Abkehr von der Globalisierung und eine neue Wirtschaftspolitik, die die Arbeitnehmer in den Billiglohnländern vor Ausbeutung schützt und die Arbeitsplätze in den alten Industrienationen erhält.

Das muß klar und deutlich ausgesprochen werden — auch in einem Kommunalwahlkampf. Jetzt steht zur Abstimmung, welche Aufgaben sich Wiesbaden für die

kommenden Jahre stellt: Wollen wir weiter unserer Geschichte als Weltkurstadt nachtrauern und versuchen, von den wenigen Kurgästen und den einarmigen Banditen unseres Casinos zu leben, bis „nichts mehr geht“, oder wollen wir Wiesbaden wieder industrialisieren?

Eine Uni für Wiesbaden!

Wenn wir uns entscheiden, unsere Industrien wieder aufzubauen, dann braucht Wiesbaden viele junge Menschen, die in einer solchen Industriegesellschaft als Facharbeiter, Wissenschaftler und Unternehmer tragende Rollen übernehmen. Derzeit wandern die jungen Menschen jedoch ab — nicht zuletzt, weil es in Wiesbaden keine angemessenen Ausbildungsmöglichkeiten gibt. Wiesbaden ist eine der größten Städte Deutschlands ohne Universität, während andere Universitäten aus den Nähten platzen. Das muß sich ändern.

Trotz des Niedergangs seiner Industrien ist Wiesbaden immer noch ein Zentrum der Medizin und der Chemie. Das legt nahe, hier die Schwerpunkte einer künftigen Wiesbadener Universität zu setzen: Es gilt, nicht nur Krankheiten wie AIDS, Grippe, Krebs oder Alzheimer zu besiegen, sondern auch grundsätzliche Fragen zu klären, etwa die offensichtliche — was ist Leben?

Die Öl- und Gaskrise wirft die Frage auf, wie die für die Zukunft der Menschheit notwendigen Rohstoffe erzeugt oder durch andere ersetzt werden können. Wir müssen in absehbarer Zeit in der Lage sein, Rohstoffe zu produzieren, anstatt sie nur zu suchen, und uns neue Energiequellen wie z.B. die Kernfusion erschließen.

Kommen Sie zur BüSo-Veranstaltung

Donnerstag, 23. März 2006, 19.30 Uhr

**Wiesbaden-Innenstadt,
Gaststätte „Zum Eintrachtshaus“,
Hellmundstr. 9**

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

www.bueso.de · info@bueso.de

Tel: 0611 - 73 65 353

Skandal in Wiesbaden: Kommunalwahl unter OSZE-Standard!

Wenn Sie durch dieses Flugblatt erst von der Kandidatur der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) bei den Wahlen zur Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung erfahren, dann liegt das an einem Kartell von Meinungsmachern in Medien und etablierten Parteien, die eine freie und offene Debatte über Lösungen der großen Probleme der Stadt und des ganzen Landes nicht zulassen wollen.

Im Jahre 2000 hatte die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für die Durchführung der Wahlen im Kosovo angemahnt, keine Kandidaten „zu diskriminieren“, sondern unparteilich, fair, „akkurat und ausgewogen Informationen über die Ansichten und Aktivitäten der für die lokalen Wahlen zugelassenen Kandidaten zu liefern“. Die Presse wird von der OSZE angewiesen, „vor allem den kleinen Parteien mehr Raum in ihrer Berichterstattung einzuräumen.“

Während gerade dieser Tage alle westlichen Medien bezüglich der Präsidentschaftswahlen in Weißrußland lautstark die Diskriminierung oppositioneller Kandidaten verurteilen, wird das Prinzip demokratischer und freier Wahlen im Falle der Kommunalwahlen in Wiesbaden schamlos mit Füßen getreten.

Hier die skandalösesten Fakten aus Wiesbaden:

● *Wiesbadener Kurier* und *Wiesbadener Tagblatt*, beide zur marktbeherrschenden Verlagsgruppe Rhein-Main gehörig, verstoßen dreist gegen die OSZE-Vorgaben, indem sie ihren Lesern vortäuschen, daß nur 7 Listen an den Kommunal-

wahlen teilnehmen. In 5 Sonderbeilagen zur Kommunalwahl mit tabellarischen Übersichten über die zur Wahl stehenden Listen und Kandidaten, die den Anschein der Vollständigkeit erwecken sollen, unterschlägt der *Kurier* systematisch und konsequent die BüSo, obwohl diese mit einer vollen Liste von 27 Kandidaten antritt. Selbstherrlich führt der *Kurier* seine Leser irre und betreibt Wählertäuschung!

● Am 19. März stehen 100 Personen, die zu einer Veranstaltung mit der BüSo-Bundesvorsitzenden Helga Zepp-LaRouche – Thema: „Dialog der Kulturen“ – kommen wollen, in der Wellritzstraße vor den verschlossenen Räumen des Georg-Buch-Hauses. Der Hausmeister Lehmann war schon die drei Tage zuvor unauffindbar und wird auch bis nach den Wahlen nicht erreichbar sein. Beim Wohnungsamt der Stadt Wiesbaden, mit dem der Vertrag abgeschlossen wurde, kann man „nicht nachvollziehen, was da passiert ist...“ – Eine unglaubliche Sabotage, die die anwesenden Vertreter des Ausländerbeirates und der muslimischen Gemeinden Wiesbadens kaum für möglich gehalten hätten.

Die Veranstaltung wurde übrigens dank der Hilfsbereitschaft eines nahe gelegenen Gastronomiebetriebs doch noch zu einem großen Erfolg. Die BüSo setzt ein Zeichen in Wiesbaden für einen Dialog der Kulturen, wie die Stadt und das Land ihn in diesen Zeiten dringend braucht.

Jetzt erst recht!

Mit allen 81 Stimmen BüSo wählen!

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Weitere Probleme, die gelöst werden müssen, sind die Verkehrsmisere und der drohende Kollaps der Infrastruktur überhaupt. Ein großer Teil der bestehenden Infrastruktur stammt aus der Nachkriegszeit oder sogar aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Der Zustand vieler Straßen Wiesbadens ist katastrophal, und am Beispiel der Schiersteiner Autobahnbrücke zeigt sich, daß große Anstrengungen notwendig sind, um solche Infrastrukturanlagen rechtzeitig zu erneuern.

Das S-Bahnnetz muß ausgebaut und bis in die Innenstadt verlängert werden, um den Anteil des öffentlichen Nahverkehrs am Verkehrsaufkommen zu erhöhen, wozu nur ein rund 2,5 km langer S-Bahn-Tunnel notwendig wäre. Auch die Stadtbahn ist sinnvoll, sollte jedoch im Innenstadtbereich ebenfalls unter die Erde.

Nein zum Neoliberalismus à la Müller!

Hier muß die öffentliche Hand aktiv werden und entsprechende Summen investieren. Die derzeitige Wiesbadener Stadtregierung hält sich jedoch streng an die neoliberale Philosophie,

Mehr Infos über die 27 BüSo-Stadtverordnetenkandidaten und ihr Programm finden Sie im Internet: www.bueso.de

➤ Video-Interview mit dem Spitzenkandidaten Alexander Hartmann

➤ Programm für die Landeshauptstadt Wiesbaden

➤ Wiesbaden in 50 Jahren: Nachindustrielle Hölle oder lebendige Stadt?

wonach die Initiativen „vom Markt“ ausgehen sollen. Gleichzeitig übernimmt die Stadt unter ihrem Kämmerer Dr. Helmut Müller eine Vorreiterrolle bei der Demontage des sozialen Systems: Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden mit Mieterhöhungen „privatisierungsfit“ gemacht. Die städtischen Verkehrsbetriebe haben ein Tochterunternehmen gegründet haben, um die Gehälter der Busfahrer um bis zu 300 Euro pro Monat zu drücken!

Anstatt das Gemeinwohl gegen die Kräfte „des Marktes“ zu schützen, überholt Müller mit seiner unsozialen, neoliberalen Politik also den Markt sogar noch beim Lohndumping. Das muß aufhören. Wiesbadens Bürger haben Besseres verdient.

Wenn Sie der gleichen Meinung sind, dann geben Sie am 26. März Ihre 81 Stimmen den Kandidaten der BüSo. Wählen Sie die BüSo ins Stadtparlament!